

Protokoll:

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann begründet den Antrag. Beigeordneter Flöck trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0068/2018).

Die CDU-Fraktion stellt den Ergänzungsantrag, dass sofern man Verkehrskontrollen durchführe diese auf die gesamte Innenstadt zu beziehen seien. Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und FBG schließen sich dem an. Die BIZ-Fraktion weist darauf hin, dass sie bauliche Veränderungen in diesem Falle nicht für sinnvoll erachte, da daraus eine Umweltproblematik, durch beispielsweise Stoppen und wieder Starten der Autos, entstehen könne. Zudem bestehe das Problem in der Kontrolle durch Ordnungsamt und Polizei.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erklärt in Bezug auf die Verkehrskontrollen, die Polizei habe signalisiert, dass sie derzeit so viele Tätigkeiten habe, dass Verkehrskontrollen erst nachrangig durchgeführt werden könnten. Der fließende Verkehr müsse aber trotzdem kontrolliert werden. Es sei seitens der Verwaltung eine konzertierte Aktion mit der Polizei in Koblenz vereinbart worden und diese werde auch umgesetzt werden. Zudem fügt sie hinzu, dass die Geschwindigkeitskontrollen durch das Ordnungsamt aufgrund der digitalen Vernetzung an Wirkung verloren hätten. Problematisch seien ebenso die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen für diese Kontrollen. Sie habe das Ordnungsamt gebeten, im Haupt- und Finanzausschuss die personellen Ressourcen für Kontrollen darzulegen. Verkehrskontrollen würden im Rahmen der Möglichkeiten durchgeführt.